

Versorgung gefährdet? Soziale- und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum

Ingrid Machold/ Oliver Tamme

Abstract – Die Infrastruktur im ländlichen Raum und im Berggebiet ist in Gefahr. In den letzten Jahren ist in einigen Bereichen (z.B Post, Nebenbahnen, Nahversorgung) die Versorgung deutlich schlechter geworden. Betroffen davon sind vor allem ländliche Kleingemeinden. Sie sind von Kaufkraftverlust und Abwanderung bedroht. Rückbau- und Konzentration haben eine ihrer Ursachen in der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die befragten Ortsbewohner bewerten Ausstattung und Entwicklung der Infrastruktur ambivalent. Ohne Benutzung eines Privat-Pkws ist die Organisation des Alltages nur unter großen Mühen zu bewältigen. Infrastrukturen der Daseinsvorsorge sind multifunktional. Neben der Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs gestalten sie das Ortsleben räumlich und zwischenmenschlich lebendig.¹

EINLEITUNG UND PROBLEMSTELLUNG

Das Forschungsprojekt „Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum“ der Bundesanstalt für Bergbauernfragen untersuchte Umfang und Auswirkungen des Rückbaues anhand von zwei Gemeinden im Bundesland Steiermark (Machold/Tamme 2005a). Die EinwohnerInnen wurden befragt, wie sich die Verschlechterung der Infrastruktur auf ihren Lebensalltag auswirkt.

Neben einer theoretischen Einführung in die Thematik sowie einer Erörterung der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Hintergründe, wurde eine gesamtösterreichische Bestandsaufnahme von wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge, das sind Postdienstleistungen, öffentlicher Personenverkehr, Nahversorgung, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und die Gesundheitsversorgung gemacht.

Bestandsaufnahme der sozialen- und wirtschaftlichen Infrastruktur

Der ländliche Raum und das Berggebiet haben sich in den letzten Jahrzehnten dynamisch verändert. Die flächendeckende, dezentrale Infrastruktur wurde ausgebaut. Dadurch konnte auf vielen Standorten eine Vollversorgung erreicht werden. Ausgehend von diesem hohen Versorgungsniveau verschlechtert sich die Situation in den letzten Jahren. Betroffen davon sind vor allem ländlich-periphere Gemeinden (unter 1.000 Einwohner) in Regionen mit geringer wirtschaftlicher Dynamik. Quantifiziert betrifft dies

25 % der Bevölkerung im ländlichen Raum und 18 % der österreichischen Bevölkerung insgesamt (Hiess et al. 2005a). Das Fehlen von Arbeitsplätzen macht das Auspendeln notwendig. In einer negativen Spirale sind Kaufkraftverlust, Abwanderung und die Überalterung der Ortsbevölkerung die Folge.

Der Einzelhandel, Postdienstleistungen und der öffentliche Nahverkehr (Bus- und Bahnkurse) sind jene Bereiche in denen die Versorgung in den letzten Jahren deutlich schlechter wurde.

Beispielsweise ist bei den ÖBB geplant ab 2008 weitere 17 Nebenstrecken stillzulegen (12 wurden bereits seit 1995 aufgelassen). 18 Nebenbahnen (darunter die Pinzgau-, Mariazeller- und Ybbstalbahn) sollen durch Busse ersetzt und/oder durch die Länder weitergeführt werden. Betroffen sind ausschließlich Strecken in peripheren Regionen, überwiegend in Niederösterreich (Waldviertel, Voralpengebiet).

Demgegenüber ist die regionale Versorgung mit Pflichtschulen noch auf hohem Niveau stabil. Im Bereich der Kinderbetreuung und der Alten- und Pflegebetreuung sind (ausgehend von einem teils niedrigen Niveau) quantitative Verbesserungen festzustellen. Die Qualität der Dienstleistungen entspricht aber oft nicht den Bedürfnissen der betroffenen Personen

(gesellschafts)politische- und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Rückbau- und Konzentration der Daseinsvorsorge haben eine ihrer Ursachen in der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Forciert wurde die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen von der europäischen Kommission. Nicht zuletzt verfolgen transnationale Konzerne, die um Marktanteile bislang gemeinwirtschaftlicher Sektoren und Branchen bemüht sind, eine aggressive Marktöffnungsstrategie.

Die Folge davon ist, dass sich die öffentliche Hand (Bund, Länder, Gemeinden) aus der Erbringung und Gestaltung der Daseinsvorsorge zusehends zurück zieht. Die Erhöhung der Rentabilität durch Einstellung bzw. Ausdünnung des Angebotes verschlechtert in vielen Fällen die Versorgung. Gemeinwohlorientierte Zielsetzungen wie z.B. ein flächendeckendes Angebot, hohe Qualitätsstandards

¹ Ingrid Machold und Oliver Tamme arbeiten zur Thematik Infrastruktur im Berggebiet an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien (<http://www.berggebiete.at>).

etc., die für die Erbringer nicht profitabel sind, werden nicht mehr länger verfolgt. Die Infrastruktur zieht sich aus der Fläche, das heißt den ländlichen Kleingemeinden zurück und konzentriert sich an den höherrangigen und zentralen Orten (z.B. den Bezirkshauptorten), wo das Kosten-Nutzen-Verhältnis besser ist.

Es greift jedoch zu kurz den Rückbau der Infrastruktur ausschließlich in veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen. Was unter Daseinsvorsorge verstanden und nachgefragt wird verändert sich im Lauf der Zeit. Die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs, technische Neuerungen zum Beispiel im Telekommunikationsbereich und der Wandel der Nachfrage bedingt durch Individualisierungsprozesse, die höhere Frauenerwerbstätigkeit, das Überwiegen von Ein-Generationen-Familien etc. verändern ganz entscheidend Angebot und Nachfrage von Leistungen der Daseinsvorsorge.

Case-study in betroffenen Gemeinden

Die steirischen Kleingemeinden Radmer (794 Einwohner) und Weißenbach a.d. Enns (566 Einwohner) sind vom Rückbau der vergangenen Jahre unterschiedlich stark betroffen. Beide Gemeinden leiden unter Abwanderung und Überalterung der Ortsbewohner. Zusätzlich fehlen Arbeitsplätze, zumal für qualifizierte Beschäftigungen. Die Ausstattung mit Infrastrukturen wird auch durch die topographische Lage mit beeinflusst. Radmer liegt isoliert am Talschluss des Radmerbaches während Weißenbach verkehrsgünstig gelegen und von den Nachbargemeinden unmittelbar umgeben ist. Diese übernehmen einen Teil der im Ort nicht vorhandenen Infrastruktur. Ohne Nutzung eines privaten PKWs können in beiden Ortschaften wichtige Infrastrukturen freilich nicht genutzt werden. Fußläufige Infrastrukturen fehlen weitgehend.

Die befragten Ortsbewohner bewerten die regionale und überregionale Infrastrukturen sowie Verschlechterungen des Angebotes ambivalent. Werden bestimmte Infrastrukturen (Post, Bahn, Bus etc.) nicht selbst in Anspruch genommen, so wird deren Bedeutung geringer eingeschätzt auch dann wenn objektiv Defizite vor Ort bestehen. Ohne eigenen Pkw ist die Organisation des Alltages bzw. die Inanspruchnahme der sozialen Infrastrukturen nur unter großen Mühen zu bewältigen. Weniger mobile Personengruppen (Senioren, Mütter mit Kindern) sind deshalb kritischer als AutobesitzerInnen (PendlerInnen, Männer). Die politische Einschätzung ist widersprüchlich. Die Ortsbewohner fordern einerseits den Ausgleich von Benachteiligungen (*gleiche Lebenschancen für Stadt und Land*), rechtfertigen aber auch das Kostenparadigma (*„das rechnet sich halt nicht mehr“*).

Schlussfolgerungen

Die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur versorgt die ansässige Bevölkerung nicht nur mit Gütern und

Dienstleistungen. Infrastrukturen erfüllen multifunktionale Bedürfnisse. Neben der Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs ist die Inanspruchnahme von Leistungen der Daseinsvorsorge Voraussetzung für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt des Gemeinwesens. Infrastruktureinrichtungen sind wichtige Treffpunkte und Kommunikationsorte. Dies gilt besonders für nicht-berufstätige, ältere, und weniger mobile Bewohner.

Infrastruktureinrichtungen vor Ort beleben das Ortsbild und „entschleunigen“ den Verkehrsfluss. Werden Infrastruktureinrichtungen an zentralen Orten konzentriert und unrentable Niederlassungen in Kleingemeinden geschlossen fallen diese Nebeneffekte weg und es führt buchstäblich zu einer Entleerung der ländlichen Räume. Weiters werden durch lokale und regionale Infrastruktureinrichtungen auch Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. Dies stärkt die lokale Kaufkraft, vermindert das Auspendeln und letztlich die Abwanderung.

Strategien zur Festigung bzw. Erhaltung

Die Gebietskörperschaften sind gefordert sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. Durch festgelegte Mindeststandards der Grundversorgung kann der Ausdünnung der Daseinsvorsorge politisch gegen gesteuert werden. Gefordert sind auch die Kommunen selbst. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kleingemeinden kann zu einer Ergänzung des Angebotes und letztlich zu einer höheren Auslastung führen.

Die kombinierte Nutzung von Standorten bzw. Gebäuden bietet die Möglichkeit durch vielfältige Kombinationen Infrastruktureinrichtungen vor Ort auf wirtschaftlicher Basis aufrecht zu erhalten: Dies können beispielsweise Postpartner (Lebensmittelhändler mit Postservice) sein. Schulgebäude können auch für kulturelle- und sportliche Aktivitäten genutzt werden. Im Gesundheitsbereich können Praxisgemeinschaften, die ihre Räumlichkeiten für komplementärmedizinische Angebote (Prävention, Alternativmedizin) zur Verfügung stellen zu einer höheren Effizienz beitragen.

Es erscheint in diesem Zusammenhang wesentlich, jene für den Erfolg ausschlaggebenden Kriterien der „best-practice“ Beispiele herauszuarbeiten, damit sie auch von anderen Regionen übernommen werden können.

LITERATUR

- Machold, I., Tamme O. (2005a) Versorgung gefährdet? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum. Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Hg.) 1. Aufl., Wien: Selbstverlag.
- Favry, E., Hiess, H., Musovic Z., Smrzka B., Pfefferkorn W. (2006a) Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Österreichische Raumordnungskonferenz (Hg.) 1. Aufl., Wien: Eigenverlag.

